


Helvetische Bank
 Die Bank für Unternehmer
 Seefeldstrasse 215, 8008 Zürich
 Tel. 044 204 56 00
 www.helvetischebank.ch

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
 PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik <i>Lieber keines als ein Pseudo-Atomwaffenverbot</i> von David Vogelsanger Seite 2	Kanton Zürich <i>Die Lust an der Kapitulation</i> von Domenik Ledergerber Seite 3	Aktuell <i>Linke Gewalt gegen Andersdenkende</i> von Reinhard Wegelin Seite 4–5	Parlamentsgemeinden <i>Linke Uni-«Studie»: Die M****makis kommen</i> von Stefan Urech Seite 6	Veranstaltungs-Tipp <i>Krisenzeit – wie weiter?</i> Nina Fehr Düsel Seite 8
---	---	---	---	---

ZUNEHMENDE GEWALT

Gewaltkriminalität und linkes Chaotentum: Das Mass ist übervoll

Früher galt die Schweiz als eines der sichersten Länder. Das hat sich leider geändert. Die Kriminalstatistiken 2022 des Kantons Zürich und schweizweit zeigen, dass Gewalt- und Tötungsdelikte stark zugenommen haben – ebenso Einbruchdiebstähle sowie häusliche Gewalt. Dazu kommen neuerdings vor allem in der Stadt Zürich wiederholt Gewaltexzesse durch linke Chaoten, die vor nichts zurückschrecken. Sie greifen Polizisten, Feuerwehrleute und Sanitäter an, nehmen Verletzte bewusst in Kauf und verursachen Schäden in Millionenhöhe. Der Rechtsstaat muss endlich mit aller Konsequenz durchgesetzt werden. Die SVP ist einmal mehr gefordert.

Gemäss der neuen Kriminalstatistik haben die schweren Gewaltdelikte im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr um 16,6 Prozent zugenommen.

Auch die Einbruchdiebstähle sind – erstmals seit zehn Jahren – wieder angestiegen, und zwar um 14,6 Prozent. Zu Vergewaltigungen kam es 867-mal, das sind 14,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Ebenso registrierte die Polizei 42 vollendete Tötungsdelikte. Hierbei fällt auf, dass mehr als ein Drittel davon – 15 Frauen und 1 Mann – innerhalb einer Partnerschaft getötet wurden.

Auch die Zahl der Fälle von häuslicher Gewalt ist in die Höhe geschneit. Allein im Kanton Zürich musste die Polizei deswegen rund 20-mal pro Tag einschreiten, sagte der Zürcher Sicherheitsdirektor Mario Fehr an einer Medienkonferenz.

Jugendgewalt und Bandendelikte
Die Jugendkriminalität ist zwar gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen.

Besorgniserregend ist jedoch der Anstieg der Kinder- und Jugendgewalt durch 10- bis 14-Jährige. Schwere Gewaltdelikte wie Körperverletzung, Raub, sexuelle Nötigung und sogar versuchte Tötung haben in dieser Altersgruppe um 11 Prozent zugenommen.

Nach wie vor gibt es sehr viele Fälle von Bandendelikten, wobei vermehrt Gruppen von Jugendlichen zufällige Opfer bedrohen, auf sie einschlagen und sie weiter traktieren, auch wenn das Opfer bereits hilflos am Boden liegt. Jeder siebte Jugendliche ist ausserdem bewaffnet. Dazu kommt eine starke Zunahme bei der digitalen Kriminalität. Beinahe 100 Fälle pro Tag gab es 2022 schweizweit.

Viele ausländische Täter

Weit überproportional vertreten sind Täter ausländischer Herkunft, was die Linke natürlich nicht wahrhaben will. Umso wichtiger ist es, daran festzuhalten, dass die Nationalität der Täter seitens der Polizei genannt werden muss. Die Bevölkerung und die Opfer haben

ein Anrecht auf diese Informationen. In einem mir bekannten Gefängnis sind es sogar 100 Prozent.

Dringliche Massnahmen

Um die «importierte» Kriminalität massgeblich zu reduzieren, muss die illegale Zuwanderung gestoppt werden – einerseits durch rigorose Grenzkontrollen, denn Schengen hat versagt, anderer-

«Tatsache ist, dass in unseren Gefängnissen durchschnittlich 70 und mehr Prozent der Inhaftierten ausländischer Herkunft sind.»

seits durch die konsequente Ausschaffung ausländischer Straftäter und schliesslich durch die Begrenzung der Zuwanderung. Die «Nachhaltigkeits-Initiative» ist deshalb ein Muss. Auch im Strafrechtsbereich braucht es (nebst präventiven Massnahmen) wirksame Strafen. Das Strafmass muss durch die Richter ausgeschöpft werden.

Der Schutz der Opfer muss im Vordergrund stehen, nicht das Wohl der



Auch Raubüberfälle und Einbrüche nehmen in der Schweiz zu.

Bild: Flickr.com (gato-gato-gato)

Täter. Die Abschreckung und die Strafe als Sühne müssen wieder mehr Gewicht bekommen. Ebenso ist an neuronalen Punkten die Polizeipräsenz vor allem in den Abendstunden zu erhöhen. Es darf nicht sein, dass sich Jugendliche nicht mehr in den Ausgang getrauen oder sich die Eltern dann Sorgen machen müssen.

Zur Bekämpfung der Kinder- und Jugendgewalt, wo sich oft eine erschreckende kriminelle Energie zeigt, muss zudem das Jugendstrafrecht verschärft werden. Dies mit den folgenden vier Schwerpunkten: Bei schweren Straftaten sind generell unbedingte Strafen und Massnahmen auszusprechen. Wird eine Massnahme (Heimeinweisung) angeordnet und kooperiert der jugendliche Täter nicht, so muss der Vollzug der Freiheitsstrafe auch in einem Gefängnis möglich sein. Die maximale Freiheitsstrafe von heute vier Jahren ist zu erhöhen.

Und bei besonders schweren Straftaten müssen Jugendliche nach dem Erwachsenenstrafrecht verurteilt werden können.

Anti-Chaoten-Initiative

Die unbewilligten Demonstrationen in Zürich häufen sich. Wenn die rot-grüne Stadtregierung nicht die Rechtsordnung durchsetzt und wenn die Justiz nicht dafür sorgt, dass die verhafteten Linksextremen zu den möglichen Maximalstrafen verurteilt werden, dann muss die Kantonsregierung eingreifen und ihre Aufsichtspflicht wahrnehmen. Zudem haben im Sinn der Anti-Chaoten-Initiative künftig die verantwortlichen Chaoten die Kosten für die verursachten Schäden zu tragen.

Die SVP wird nicht ruhen, bis die Rechtsordnung durchgesetzt und die Sicherheit der Bevölkerung wieder gewährleistet ist.



Nina Fehr Düsel
Kantonsrätin SVP
Küssnacht



Kantonale Volksinitiative «Gemeinsam vorwärtskommen auf Hauptverkehrsachsen – Ruhe im Quartier» Mobilitätsinitiative

Damit der Verkehr fließen kann und Ausweichverkehr in die Quartiere vermieden wird, darf auf Hauptverkehrsachsen die signalisierte Geschwindigkeit nicht reduziert werden.

Jetzt unterschreiben!

Bogen herunterladen:
mobilitaetsinitiative-zh.ch





Christoph Mörgeli

Lauter laute Schwache

Nicht nur die Kantonsregierungen und die Hochschulen rufen ständig nach einem institutionellen Abkommen mit der Europäischen Union. Auch die «Wirtschaft», sagt man uns, verlange endlich «geregelte Beziehungen» zum grossen europäischen Markt. Tatsächlich gehörte der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse zu den lauten Trommlern für die Anbindung an die EU-Rechtssetzung. «Wie das Rahmenabkommen unsere Souveränität stärkt», lautete etwa der Titel eines seltsamen Werbeartikels von Economiesuisse. Weil der Bundesrat beschlossen hat, bis Ende Juni 2023 neuerdings «Eckwerte» eines Verhandlungsmandats zu definieren, herrscht bei Economiesuisse frenetischer Jubel: «Die Aufbruchstimmung in der Schweizer Europapolitik hält Einzug in den Bundesrat.» Nur: Wohin steuert dieser «Aufbruch»? In den Abbruch der Rechtssetzung von Volk und Ständen durch die Übertragung der obersten, letztinstanzlichen Rechtsetzung und Rechtsprechung an Brüssel. Dies geschieht allerdings mit schleierhaften Begriffen wie «vertikaler» und «sektorieller Ansatz», «dynamische Rechtsübernahme» oder «befristete Immunisierung» einzelner Binnenmarktverträge. Swissmem, der Wirtschaftsverband der Maschinen- und Elektroindustrie, begeisterte sich ebenfalls für den Anbindungsvertrag: «Das institutionelle Abkommen mit der EU verdient Unterstützung.» Jetzt will Swissmem die Beziehungen zur EU «modernisieren» und «auf eine langfristig tragfähige Basis stellen». Hören wir hier wirklich die Stimme der «Wirtschaft»? Zweifel sind angebracht. Es sind nicht in erster Linie die gesunden, kraftstrotzenden Unternehmen, die sich bei den Wirtschaftsverbänden Gehör verschaffen. Es sind nicht die vielen blühenden Betriebe mit übervollen Auftragsbüchern, die jammern und klagen. Die Notschreie, die Schweiz und die Schweizer müssten sich endlich unter Schutz und Schirm der maroden EU begeben, stammen vielmehr von Firmen, die wenig robust im Markt stehen. Die Schweiz ist zwar nicht die Krone der Schöpfung. Aber die EU-hörigen Wirtschaftsvertreter sind die Krone der Erschöpfung.

STEIGENDE GEWALTKRIMINALITÄT

Warum nimmt die Gewalt zu? Ein Interview mit dem Kriminalitätsexperten Lukas Joos

Lukas Joos ist studierter Philosoph und Osteuropahistoriker. Er leitete den Aufbau der Gewaltpräventions-NGO piusicur und führt ein Komitee gegen Geldstrafen für Vergewaltiger. Wir haben Lukas Joos zur steigenden Gewalt befragt.

Guten Tag Herr Joos. Überall liest man vom Anstieg der Gewalt. Welche Delikte nehmen besonders zu?

In der Kategorie Leib und Leben nehmen gemäss Kriminalitätsstatistik vor allem Tötungsdelikte und andere schwere Gewaltdelikte, darunter auch Vergewaltigung, stark zu.

Was sind die Ursachen für die Zunahme der Gewalt?

Die Ursachen sind komplex. Ein Faktor ist sicher die Asylpolitik. Man kann nicht die widerrechtliche Einwanderung von jährlich tausenden jungen Männern aus den gewaltaffinsten, frauen- und minderheitenfeindlichsten Regionen dieser Welt Tolerieren und dann überrascht sein, wenn die Quoten von Gewalt- und Sexualverbrechen steigen.

Das ist aber nur ein Faktor von vielen. Wenn man die Fakten anschaut, kann man die steigende Gewalt ausdrücklich nicht auf ein Asyl- oder gar Ausländerproblem reduzieren. Bei der schweren Körperverletzung ist die Zahl der Schweizer Beschuldigten seit 2015 zum Beispiel um 28% gestiegen. Das kann man nicht mit Migration erklären.

Der vermutlich wichtigste Grund für die zunehmende Gewalt ist die Tatsache, dass die bürgerliche Mehrheitsgesellschaft mehr und mehr versagt, soziales Verhalten auf niedriger Stufe zu unterbinden. Die Vermüllung, Verlärmung und Verpöbelung des öffentlichen Raums begünstigt Gewalt. Das ist in der

seriösen Kriminologie schon länger bekannt.

Gibt es weitere Gründe?

Ja, wichtig ist die zunehmend fehlende Gegengewalt beziehungsweise Selbstverteidigung. Sie ist natürlich das effektivste Mittel, um Angriffe auf Leib und Leben zu stoppen. Besonders effektiv ist naturgemäss die Selbstverteidigung mit Waffen. Auch das ist in der kriminologischen Forschung völlig unbestritten, aber in der Schweiz ein Tabu geworden. Eigentlich genügt auch der gesunde Menschenverstand, um es einzusehen. Gewaltdelikte sind viel weniger attraktiv, wenn man damit rechnen muss, vom Opfer verletzt oder gar getötet zu werden.

Heute machen aber selbst viele Bürgerliche den Unterschied zwischen Gewalt und Selbstverteidigung nicht mehr. Implizit erwartet man von den Opfern, dass sie auf die Polizei warten. Dumm ist nur, dass die allermeisten Gewaltdelikte keine dreissig Sekunden dauern und die Polizei in aller Regel erst nach etlichen Minuten vor Ort ist.

Sind die tiefen Strafen ebenfalls für den Kriminalitätsanstieg verantwortlich?

Das ist gut möglich. Es ist nicht so, dass härtere Strafen automatisch zu weniger Gewalt führen. Aber in der Schweiz sind die Strafen derart lächerlich, dass den Kriminellen ein deutliches Signal gegeben wird: Was du da tust, ist eigentlich eine Bagatelle. Im neuen Sexual-

strafrecht zum Beispiel sah man für die Vergewaltigung dieselbe Mindeststrafe vor wie für Ladendiebstahl, nämlich eine Geldstrafe. Wenn man so straft, muss man sich über nichts wundern.

Die Polizei hat immer mehr Angst vor Rassismus-Anschuldigungen. Gibt es auch in der Schweiz einen George-Floyd-Effekt? Mir sind keine Studien für die Schweiz bekannt. Aber es ist davon auszugehen. Polizisten sind Menschen, und Menschen reagieren auf Anreize.

Wie liesse sich der Gewaltzuwachs erfolgreich bekämpfen?

Dass in der Asylpolitik etwas gehen muss, ist allseits bekannt. Jenseits der Asylpolitik sehe ich aber auch bei den Bürgerlichen wenig ausser Floskeln wie «mehr Polizei» und «den Rechtsstaat durchsetzen». Das ist das, was deutsche und französische Bürgerliche fordern. Nützen tut es offensichtlich nichts.

Was würde denn nach Ihrer Meinung wirklich wirken?

Erstens: Eine Nulltoleranzpolitik gegenüber niederschwelliger Asozialität. Die Schulen müssten die Schraube deutlich anziehen: striktere Kleidervorschriften, konsequente Sanktionierung von Gossensprache etc. Gefragt ist aber explizit auch der Durchschnittsbürger. Wenn gestandene Männer sich im öffentlichen Verkehr nicht mehr getrauen, zwölfjährige Pöbler zurechtzuweisen, haben wir ein Problem.



Die Gewalt nimmt stark zu in der Schweiz. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Bild: Pixabay

Zweitens: Den Opfern das Recht und die Mittel geben, sich und Drittpersonen zu schützen. An den Schulen sogenannte Empowerment-Self-Defense-Kurse für Mädchen einführen. Das zivile Waffentrageverbot durch ein Führerausweisprinzip für Tragbewilligungen ersetzen, so wie das viele Kantone bis 1999 erfolgreich handhaben. Und für Polizisten, die Zwang anwenden, muss gelten: unschuldig, bis eine Schuld erwiesen ist – und nicht umgekehrt!

Drittens: Die Strafrahmen vor allem für schwere Delikte gegen Leib und Leben massiv verschärfen. Auch die Bedingungen für den fürsorglichen Freiheitsentzug müssten überprüft werden.

Was sollten die Bürgerlichen anders machen als bisher?

In einem ersten Schritt müsste man das Problem zuerst einmal ernster nehmen. Bis jetzt hat die seit Jahren steigende Gewalt irgendwie weniger politische Aufmerksamkeit gekriegt als zum Beispiel Lex Netflix. Das ist nicht gut.

ZUM PSEUDO-ATOMWAFFENVERBOT

Bundesrat, bleib standhaft!

Das Nonproliferationsabkommen ist gescheitert. Linke Träumer preisen ein zahnloses Abkommen als vermeintliche Alternative. Die Schweiz ist gut beraten, diesem nicht beizutreten.



David Vogelsanger
Botschafter a. D.
Kappel am Albis

Die fortschreitende Verbreitung von Nuklearwaffen ist ein ernsthaftes Problem. Nach dem chaotischen Zerfall der Sowjetunion bestand die echte Gefahr, Atomwaffen könnten in die Hände von islamistischen Terrorgruppen gelangen. Dazu ist es bis jetzt nicht gekommen, aber an Staaten, welche die Bombe schon haben oder sie gerne haben möchten, fehlt es leider nicht. Man glaubte vor über fünfzig Jahren, das Problem damit lösen zu können, dass die bestehenden Atommächte, die fünf permanenten Mitglieder des Sicherheitsrats, ihre Nuklearwaffen behalten, aber keine neuen Atomwaffenstaaten entstehen dürfen. Die Schweiz, die unter der Leitung des grossen Paul Scherrer in aller Stille ihr eigenes, rein defensives und weit fortgeschrittenes Nuklearwaffenprogramm entwickelt hatte, schloss sich unter internationalem Druck dem Abkommen von 1968 an und liquidierte ihr Projekt. Dies obwohl das Land sechs Jahre vorher eine sozialistisch-kommunistisch inspirierte Verbotsinitiative mit Zweidrittelmehrheit und allen gegen vier Stände bachab geschickt hatte. Viel später verzichtete auch Südafrika auf sein eigenes Atomwaffenprogramm.

Scheitern des Nonproliferationsabkommens

Das Nonproliferationsabkommen von 1968 ist gescheitert. Israel, Indien, Pakistan, Nordkorea und wohl bald auch Iran haben die Bombe, und weitere werden dazustossen, etwa Saudi-Arabien,

das sich zwar nicht vor Israel, aber vor dem Iran fürchtet. Die Mullahs tanzen den Atommächten und Deutschland, welche Irans Nuklearwaffe verhindern möchten, seit bald zehn Jahren auf der Nase herum und betrügen nach Strich und Faden. Trump und Biden nannten das Kind beim Namen, die Europäer halten immer noch ihre Wünsche für die Realität. Eine unerfreuliche Situation, und guter Rat scheint teuer. Wenn da nicht Grossmächte wie Costa Rica und Neuseeland wären, welche mutig die Führung übernommen haben. Unter dem Einfluss einer privaten Organisation namens ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Arms) schritten sie zur Tat. 122 UNO-Mitglieder, alles nukleare Habenichtse, verabschiedeten 2017 ein Abkommen, dass Atomwaffen kurzerhand verbietet. So einfach ist das! Nur die Niederlande hatten den Mut, Nein zu stimmen, 69 andere Länder, darunter sämtliche legitimen und illegitimen Nuklearstaaten enthielten sich. ICAN erhielt den längst politisierten und entwerteten Friedensnobelpreis. 68 Staaten sind unterdessen Vertragsparteien des Abkommens geworden – keiner aus der NATO und aus Europa gerade einmal Österreich und Irland. Das Abkommen ist nichts als heisse Luft.

Für einmal die richtige Entscheidung

Der Bundesrat entschied 2018, noch vor Inkrafttreten des Abkommens, völlig zu Recht, die Schweiz da herauszuhalten. Zum einen ist die schweizerische Vorleistung von 1968, der Verzicht auf unser verantwortungsbewusstes Nuklearprogramm, nicht honoriert worden. Zum anderen hat auch unsere eigene Sicherheit während des Kalten Krieges angesichts der sehr realen sowjetischen Bedrohung während Jahrzehnten vom

amerikanischen und sogar ein bisschen vom französischen Nuklearschirm profitiert. Gerade die Kreise, die ja sonst immer der «europäischen Solidarität» das Wort reden, sollten sich vielleicht einmal überlegen, wie es unsere Nachbarn aus NATO und EU wohl aufnehmen würden, wenn auch wir mit den Wölfen (oder eher mit den harmlosen Strassenkläffern) heulen. Das Atomwaffenverbot der UNO kommt einem vor wie eine (fiktive) Stadt, die von schwerbewaffneten Verbrechern terrorisiert wird, denen eine machtlose Polizei gegenübersteht. Da kommt ein Komitee, bestehend aus drei Linkspolitikern, einem Pfarrer, einer Sozialarbeiterin und einem pensionierten Diplomaten und sagt: Wir haben die Lösung. Lasst uns alle Waffen verbieten!

Der Bundesrat hat also vernünftig gehandelt. Das hinderte aber National- und Ständerat nicht daran, ihn aufzufordern, dem Abkommen beizutreten. Die Parlamente rot-grün regierter Städte folgten. Unter der Führung der ehemaligen SP-Bundesrätin Calmy-Rey und Dreifuss hat nun eine Gruppe von ehemaligen Diplomaten und anderen höheren Beamten der Landesregierung

erneut nahegelegt, sich dem «Verbot» anzuschliessen. Die meisten der Unterzeichner sind der Öffentlichkeit nicht bekannt oder dann als treue Unterstützer jeder linken Grosstat. Trotzdem, einige Namen lassen aufhorchen, drei seinerzeitige IKRK-Präsidenten, der frühere EU-Chefunterhändler Michael Ambühl, der ehemalige Botschafter in Amerika Martin Dahinden, beide hartnäckige und mit beiden Füßen auf dem Boden der Realität stehende Vertreter schweizerischer Interessen.

Die Gefahr von Atomwaffen ist wieder real

Zum ersten Mal seit dreissig Jahren wird heute wieder mit Atomwaffen gedroht und mit ihrem Einsatz, keineswegs nur seitens verrückter Diktatoren und Mullahs, gerechnet. Auch wenn man nicht davon ausgeht, dass die russischen Drohungen umgesetzt werden, die Tatsache, dass so überhaupt wieder gesprochen wird, macht die Situation brandgefährlich. Da gilt es für uns Schweizer, kühlen Kopf zu bewahren, eine saubere Lagebeurteilung vorzunehmen und mit dem verantwortungslosen Raubbau der letzten dreissig Jahre an Armee und Zivilschutz endlich, und zwar wirklich, Schluss zu machen. Was wir sicher nicht brauchen, sind nutzlose Papiertiger à la Atomverbotsvertrag, bei dem sich gute Menschen gegenseitig auf die Schultern klopfen. Bundesrat, bleib standhaft!



Aggressive Staaten wie der Iran oder Russland machen die Atomwaffenfrage wieder aktuell. Bild: Wikipedia

AUS DEM KANTONS RAT

Gesundheit und Sicherheit im Fokus

An der Kantonsratsdoppelsitzung vom 3. April 2023 standen die Themen Gesundheit und Sicherheit im Fokus. Eine Fraktionserklärung der SVP sorgte für Tumult bei der Ratslinken – und sollen Teilzeit-Arbeitnehmer Unterstützungsleistungen beziehen?



Daniela Rinderknecht
Kantonsrätin SVP
Wallisellen

Als erstes Geschäft wäre die Schlussabstimmung des Gesetzes über das Universitätsspital Zürich (KR 5836b) traktandiert. Ausführlich diskutiert wurde das Geschäft im Rat bereits im März, heute wäre die zweite Lesung mit den formellen Präzisierungen der Redaktionskommission gewesen. FDP, GLP und EVP haben nach der ersten Lesung jedoch den Antrag eingereicht, die Vorlage zur Überarbeitung an die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) zurückzuweisen. Fraktionspräsident SVP Martin Hübscher fasste zusammen: «Wir sind stolz auf unser USZ! Was das USZ jetzt braucht, ist ein bisschen Ruhe, um zu arbeiten. Es nützt nichts, das Gesetz zurückzuweisen und Unsicherheit zu schüren. Es braucht Rahmenbedingungen, die kompromissfähig sind, die von einer Mehrheit getragen wird – und diese haben wir.» Der Rückweisungsantrag wurde mit 105 zu 67 Stimmen abge-

lehnt und dem Gesetz über das USZ mit 105 zu 65 zugestimmt.

Unruhe im Saal

Auf der Tribüne hörten währenddessen immer mehr Spitalräte der kantonalen Spitäler zu: Das nächste Traktandum waren nämlich die Erneuerungswahlen der Spitalräte der vier kantonalen Spitäler (USZ, KSW, PUK und IPW (KR 5878, 5879, 5880, 5881)). Die Wahlen waren auf Antrag der KSSG unumstritten und so wurden die Spitalräte mit einer Enthaltung gewählt.

Nach der kurzen Pause wurde es turbulent im Saal. Nach der SVP-Fraktionserklärung über die erschreckende Eskalation und die Gewaltbereitschaft gewisser Teilnehmer der unbewilligten Demonstration vom vergangenen Samstag in der Stadt Zürich gab es unzählige persönliche Erklärungen. Mehr dazu im Kommentar.

Die Motion von SP, GLP, Grüne und EVP «Zeitgemässe Palliative-Care in Alters- und Pflegeheimen» (KR 451/2020) forderte gesetzliche Grundlagen mit dem Ziel, in allen, insbesondere in kleinen Alters- und Pflegeheimen des Kantons eine zeitgemässe, umfassende Palliativ-Care sicherzustellen. Die Motion wurde mit 87 zu 83 Stimmen

überwiesen. Die SVP war gegen diese Motion, da die Gemeinden für die Langzeitpflege ihrer Einwohner/-innen zuständig sind und für eine bedarfsgerechte Pflege verantwortlich sind, was auch die palliative Pflege inkludiert.

Sicherheit im Kanton Zürich

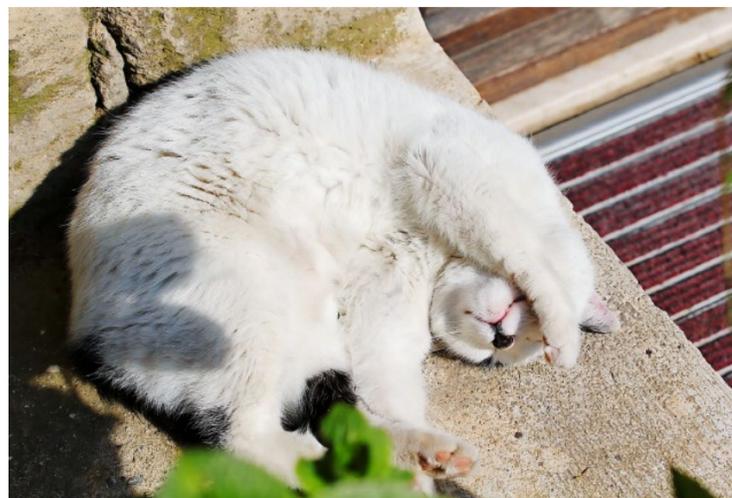
An der Nachmittagssitzung widmete sich der Kantonsrat vor allem Vorstößen, die die Sicherheitsdirektion betreffen. In einer Interpellation ging es um eine Überprüfung der Situation von abgewiesenen Flüchtlingen in den Rückkehrzentren des Kantons Zürichs (KR 197/2022). SP, Grüne und AL stellten offenbar aufgrund Kritik von NGOs diverse Fragen dazu, vor allem auch über die Situation der Kinder von betroffenen Familien.

Regierungsrat Mario Fehr unterfütterte seine Antwort mit konkreten Zahlen: «Per letzten Donnerstag haben wir 680 abgewiesene Asylsuchende. 86 davon waren im Gefängnis, 10 in einem Spital. 245 sind in einem der vier Rückkehrzentren. Die übrigen und vor allem die vulnerablen Personen sind jeweils in einer Gemeinde untergebracht. Kinder im schulpflichtigen Alter gehen in diesen Gemeinden auch regulär zur Schule» – mit dieser Antwort war das Geschäft erledigt.

Ein Postulat forderte einen Bericht zu freiwillig Teilzeitarbeitenden, die im Sinne der Work-Life-Balance staatliche Unterstützungsleistungen beziehen. Marc Bourgeois (FDP) machte geltend, diese sollen die Unterstützung nur in dem Umfang erhalten, in dem sie eine solche auch bei der Ausschöpfung der Erwerbstätigkeit erhalten würden (KR 230/2022).

Es wurde überwiesen. Ein weiteres Postulat forderte einen runden Tisch im Kanton Zürich, um Massnahmen aufzuzeigen, wie Menschen, die von den gestiegenen Energiepreisen besonders betroffen sind, von den Gemeinden unterstützt werden können (KR 365/2022).

Das Geschäft war mit der Antwort von Regierungsrat Mario Fehr erledigt.



Wer aufgrund der Work-Life-Balance weniger arbeitet, soll auch keine Unterstützungsleistungen beziehen.

Bild: Pixabay

FRAKTIONSERKLÄRUNG DER SVP/EDU-KANTONSRA TSFRAKTION VOM 3. APRIL 2023

Linksextreme wüten in Zürich – Es braucht die Anti-Chaoten-Initiative

Die linksextreme Gewalt in Zürich eskaliert immer mehr. Die regierenden Rot-Grünen sind nicht gewillt, dieser Einhalt zu gebieten. Die SVP fordert neue Massnahmen.

Diesen Samstag hat in Zürich erneut eine unbewilligte linksextremistische Demonstration stattgefunden – die Dritte innerhalb von sechs Wochen. Wie schon nach der Räumung des Koch-Areals blockierten rund 300 Linksradikale über Stunden den Verkehr und verübten massive Gewalt gegen Menschen und Eigentum.

Sie zündeten Petarden, bewarfen und verletzten Polizisten mit Molotowcocktails. Wie die Stadtpolizei schreibt, ging die Stadt Zürich dieses Wochenende nur knapp an einer Katastrophe vorbei: «Ein Polizist wurde in einen Hauseingang gedrängt und von rund einem halben Dutzend Personen zu Boden geworfen und mit Fäusten und Fusstritten gegen den Kopf und den Körper traktiert.» Die SVP Kanton Zürich verurteilt die menschenverachtende Gewalt und Zerstörungswut der Linksextremisten. Der Linksextremismus darf in Zürich keine Heimstätte mehr haben.

Während man nach wenigen Minuten Parkzeitüberschreitung eine Parkbusse erhält, lässt man gewalttätige Chaoten mit einer sogenannten «De-eskalationsstrategie» gewähren. Die

Chaoten haben nicht mal für die Kosten aufzukommen. Die Strategie von Frau Rykart, Linksextreme einfach gewähren zu lassen, ist gescheitert und führt zu immer mehr Gewalt. Wie viele Polizisten müssen noch verletzt und wie viele Scheiben eingeschlagen werden, bis die Praxis geändert wird?

Das Problem liegt nicht bei den Polizisten, die eine super Arbeit machen, sondern bei der Leitung und der Gesinnung von Frau Rykart sowie der rot-grünen Kuschelpolitik gegenüber dem Linksextremismus.

Die Situation gerät leider immer mehr ausser Kontrolle. Der Gemeinderat hat letzte Woche beschlossen, dass es in Zukunft in der Stadt Zürich keine Bussen mehr für die Teilnahme an einer illegalen Demonstration geben und die Bewilligungspflicht durch eine Meldepflicht ersetzt werden sollen. Dies geht genau in die falsche Richtung!

Umfragen zeigen, dass sich die Zürcher ein härteres Durchgreifen gegen Demonstrationen wünschen. Sie, die Stadtbewohner, das Gewerbe und die Steuerzahler, sind die Leidtragenden der heutigen Situation. Die SVP arbeitet an einem Massnahmenpaket, um

den Linksextremismus in der Stadt Zürich wirksam zu bekämpfen. Es braucht rasch eine engere Zusammenarbeit der Stadtpolizei mit der Kantonspolizei bei Grossveranstaltungen und Demonstrationen. Illegale Demonstrationen müssen schnell eingekesselt und «Saubannerzüge» verhindert werden.

Die Anti-Chaoten-Initiative der jungen SVP ist dringender denn je. Sie verlangt, dass die Kosten von illegalen Demonstrationen, für ausserordentliche Polizeieinsätze und auch Sachbeschädigungen zwingend den Verursachern auferlegt werden müssen. Ausserdem müssen grössere Veranstaltungen stets bewilligungspflichtig sein. Der Gegenvorschlag des Regierungsrats geht in die richtige Richtung, aber zu wenig weit.

Die Linksextremen zeigen ihre Verachtung gegenüber dem Rechtsstaat tagein, tagaus. Nur ein konsequentes, rechtsstaatliches Vorgehen kann den Linksextremismus in der Stadt Zürich eindämmen. Es ist höchste Zeit dafür. Für die Bevölkerung. Für das Gewerbe. Und auch zum Schutz der Polizisten! Vielen Dank.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Lösungen statt Beschönigungen



Martin Hübscher
Kantonsrat SVP
Bertschikon

Nach der Verlesung der SVP-Fraktionserklärung, die Gewalt verurteilte und ein Ende der verheerenden «Deeskalationsstrategie» vonseiten der Stadt Zürich forderte, kam es im Kantonsrat zu verstörenden Szenen. Statt sich vom Linksextremismus zu distanzieren, meinte AL-Gemeinderat Markus Bischoff, zu seiner Zeit während der 1980er-Jugendunruhen sei es in der Stadt Zürich noch gewalttätiger zu und hergegangen. Er warnte, bei einem stärkeren Vorgehen der Polizei gegen den Linksextremismus würde es zu Chaos in der Stadt Zürich kommen. Auf die sieben verletzten Polizisten, die brutale und schwerwiegende Körperverletzung eines Polizisten durch mehrere Personen sowie die massiven Sachbeschädigungen ging die Ratslinke mit kaum einem Wort ein. Dabei ist der gewalttätige Linksextremismus ein grosses Problem in der Schweiz: Der NDB zählte letztes Jahr 81 linksextreme Gewalttaten. Was muss in der Stadt Zürich noch passieren, bis die Links-Grünen reagieren?

Die SVP stellt fest: Die links-grüne Stadtregierung mit ihrer Polizeivorstehe-

rin Karin Rykart ist offenbar nicht gewillt, Linksextremismus in der Stadt Zürich als Problem zu sehen und zu bekämpfen. Die links-grünen Parteien verharmlosen Linksextremismus systematisch und haben keinerlei Distanz gegenüber linksextremen, gewalttätigen Gruppierungen.

Erst letzte Woche stimmte der Zürcher Gemeinderat einer Motion von Moritz Bögli (AL) und Luca Maggi (Grüne) zu, wonach die Teilnahme an illegalen Demos nicht mehr gebüsst wird. Der Schmusekurs der regierenden Linken gegenüber dem Linksextremismus ist ein politischer Skandal. So wird Gewalt gefördert.

Die Molotovcocktail-Werfer und die Polizistenangreifer wissen: In dieser Stadt kann uns nichts passieren. Deshalb braucht es die Anti-Chaoten-Initiative, welche eine gesetzliche Grundlage schafft, die Aufwände für Sachbeschädigungen und Polizeieinsätze den Chaoten zu verrechnen.

Die SVP fordert von den Zuständigen eine Nulltoleranzpolitik gegenüber den voraussehbaren Gewaltausschreitungen am 1. Mai. Es kann nicht sein, dass linksextreme Gruppen wie RJZ, Aufbau und das Bündnis für den Sozialismus in Zürich länger eine sichere Heimstätte geniessen und Gewerbe und Eigentümer bezahlen.

Der Linksextremismus in der Stadt Zürich muss endlich wirksam bekämpft und nicht beschönigt werden.

WORTE DES PARTEIPRÄSIDENTEN

Die Lust an der Kapitulation oder wie die Kantone dem Bundesrat in der Europapolitik den Rücken stärken

Vorletztes Wochenende konnten die Medien mit überraschenden Schlagzeilen aufwarten, die unglaublich klingen. Der Flughafen Zürich wurde für sämtliche Regierungen unserer 26 Kantone das offene Tor zu Europa. Alle 26 Kantone trafen sich, um sich gemeinsam auf eine Position zur EU zu einigen. Die sogenannte Konferenz der Kantone (KdK) hat sich in anbeidernder Weise auf ganz gefährliche Annäherungen zur EU positioniert. Es erstaunt und macht nachdenklich, wenn in einer gemeinsamen Erklärung postuliert wird, dass der Bundesrat endlich Nägel mit Köpfen machen müsse, weil die EU ein Sicherheitsfaktor sei. Zugleich signalisierte man bereits Bereitschaft, in wesentlichen Bereichen Zugeständnisse zu machen. Man fragt sich, ob die Regierungsräte unseres Landes noch nie auf einem italienischen Markt waren? Dort lernt man nämlich: Wer von Beginn weg einen schlechten Preis verlangt, bezahlt am Schluss das Doppelte.

Im Wissen, dass auch ein Regierungsmitglied der Züricher Regierung Einsitz hat, erstaunt diese einstimmige Erklärung sämtlicher Kantone

enorm und irritiert zugleich. Der Bundesrat nahm das Vorpreschen der Kantone nur allzu dankbar auf, um Dampf in Sachen EU zu machen. Rasch wurde Ausseminister Cassis mit der Vorbereitung neuer EU-Verhandlungen beauftragt.

Angesichts der Hast der Ereignisse müssen wir gegenüber Bern wieder einmal klarstellen: Die SVP des Kantons Zürich steht weiterhin für eine unantastbare Unabhängigkeit und Selbstständigkeit ein. Gerade in unsicheren Zeiten, wie wir sie auch heute wieder haben, sind unsere Werte, Gesetzgebung und Eigenständigkeit ein sicherer Wegweiser in die Zukunft. Sie werden nie verhandelbar sein. Da geben wir keinen Millimeter nach! In diesem Sinne wünsche ich allen frohe Ostern.



von
Domenik Ledergerber

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden sie auf der letzten Seite im Impressum.



SVP BEZIRK MEILEN

Regierungspräsident Ernst Stocker bei der SVP Bezirk Meilen

Der scheidende Bezirksparteipräsident Tumasch Mischol hinterlässt die SVP Bezirk Meilen gestärkt. Dubravko «Dubi» Sinovcic übernimmt als Nachfolger. Im kommenden Nationalratswahlkampf ist der Bezirk Meilen mit Top-Kandidaten vertreten.

Am Tag, nachdem die Grossbank UBS die CS übernehmen musste, war der kantonale Finanzdirektor und Regierungspräsident Ernst Stocker bei der SVP des Bezirks Meilen ein ganz besonders spannender Gastredner. Sogar er habe am besagten Wochenende ein Telefon erhalten, ob der Kanton Zürich nicht kaufen wolle, doch könne dieser keine Bank führen, die trotz massiven Verlusten üppige Boni ans Management ausrichte.

Dies könne die Bevölkerung ganz einfach nicht verstehen. Sobald das Vertrauen der Kunden erst einmal weg sei, könne eine Stabilisierung nicht mehr gelingen. Das riskante USA-Geschäft,

«Sobald das Vertrauen der Kunden ... weg sei, könne eine Stabilisierung nicht mehr gelingen.»

so Ernst Stocker, habe die Credit Suisse ins Verderben geführt. Umso verständlicher findet er es, mit welchen Vorwürfen sich der gegenwärtige amerikanische Botschafter in der Schweiz gegenüber seinem Gastland aufführe.

Der Finanzdirektor erläuterte auch den Haushalt des Kantons. Volle 80 Prozent der Steuern stammen von Pri-

vatpersonen. In die Bildung fliesst ein Fünftel, etwa 18% betreffen die Gesundheit, 11,5% die soziale Wohlfahrt, 7,2% Ordnung und Sicherheit – sowie ganze 10% den Finanzausgleich zugunsten anderer Kantone.

Im Vorfeld von Stockers Referat führte SVP-Bezirksparteipräsident Tumasch Mischol (Hombrechtikon) durch seine letzte Delegiertenversammlung. In seiner vierjährigen Amtszeit konnte die SVP ihre starke Position sowohl im Bezirksrat, als auch am Bezirksgericht und im Kantonsrat behalten oder sogar ausbauen.

Er wurde unter herzlicher Verdankung der geleisteten Dienste verabschiedet. Seine Nachfolge übernimmt Dubravko «Dubi» Sinovcic (Uetikon am See), der beruflich als Oberarzt für Radio-Onkologie am Stadtspital Triemli arbeitet.

Aus dem Bezirksausschuss trat Adrian Bergmann (Meilen) nach fast 30-jährigem Engagement zurück. Gleich tat es ihm der langjährige Vizepräsident Domenik Ledergerber, der nach seiner Wahl zum Kantonalpräsidenten verständlicherweise andere Prioritäten setzen muss. Den Ausschuss ergänzt die gewählte Kantonsrätin Marion Matter (Meilen).

Gedankt wurde auch der Listen- und Wahlkommission, von Theres Weber

(Uetikon am See) präsidiert, für die hervorragende Arbeit bei den Kantonsratswahlen. Eugen Hunziker (Oetwil am See) wurde für seine drei Amtsdauern als Bezirkskirchenpfleger geehrt. Ein besonderer Dank galt dem zurückge-

«Sein Ziel sei es gewesen, Meilen zu einem Vorzeigericht zu machen ...»

tretenen Bezirksgerichtspräsidenten Jürg Meier (Oberrieden) für über drei Jahrzehnte vorbildlichen richterlichen Einsatz in verschiedenen Chargen. Sein Ziel sei es gewesen, Meilen zu einem Vorzeigericht zu machen, was ihm auch auf eindruckliche Weise gelang.

Für die kommenden Nationalratswahlen unterstützt der Bezirk Meilen den bisherigen Nationalrat Thomas Matter (Meilen).

Zudem haben Nina Fehr Düsel (Küsnacht) und Domenik Ledergerber (Herrliberg) aussichtsreiche Plätze, was einen interessanten Wahlkampf verspricht.

Dass Gregor Rutz, der lange im Bezirk Meilen gelebt hat, für den Ständerat kandidiert, motiviert zusätzlich.

Christoph Mörgeli,
Alt Nationalrat SVP, Stäfa



v.l.n.r. Domenik Ledergerber, Eugen Hunziker, Dubi Sinovcic, Tumasch Mischol, Theres Weber und Jürg Meier.

Bild: SVP Bezirk Meilen

SVP ZÜRICH 11

Polit-Apèro der SVP Zürich 11 war ein voller Erfolg

Trotz Regenwetter fanden am vergangenen Freitag zahlreiche Personen den Weg ins Restaurant Landhus in Zürich-Seebach zum Polit-Apèro der SVP Zürich 11. Unser Referent Ständeratskandidat und Nationalrat Gregor Rutz

sprach zum Thema «Was läuft falsch in Bundesbern?». Wie immer war es ein sehr interessantes und spannendes Referat. Vielen Dank.

Peter Schick, Kantonsrat SVP Zürich



v.l.n.r. Kantonsrat Peter Schick, Nationalrat Gregor Rutz und Kreisparteipräsident und Gemeinderat Stephan Iten.

Bild: SVP Zürich 11

SVP NEERACH

Stabsübergabe bei der SVP Neerach

Am 20. März 2023 fand die jährliche GV der SVP Neerach statt. Die Präsidentin führte wie gewohnt zügig und kompetent durch die Traktanden, denen einstimmig gemäss Antrag des Vorstandes zugestimmt wurde. Bei den Wahlen gab es mit Vanessa Kodori als Kassiererin eine Verstärkung. Annemarie Waldvogel trat als Präsidentin zurück, bleibt aber als Mitglied im Vorstand.

Kantonsrat Karl Heinz Meyer bedankte sich bei Annemarie Waldvogel für die elf Jahre als Präsidentin der SVP Neerach. Annemarie Waldvogel über-

gab dem neuen Präsidenten Karl Heinz Meyer die SVP-Glocke aus dem Gründungsjahr 1993.

Im Anschluss an einen Imbiss, der von der Partei offeriert wurde, sprach SVP-Nationalrat Christian Imark über die Lage in Bern und im Besonderen über die Abstimmung am 18. Juni 2023 zum «Stromfressergesetz». Die Mitglieder nutzten die Anwesenheit von Christian Imark, um ihn mit zahlreichen Fragen zu löchern.

Vorstand SVP Neerach



Kantonsrat Karl Heinz Meyer bedankt sich bei Annemarie Waldvogel für die getane Arbeit.

Bild: SVP Neerach

SRG

200 Fr. sind genug!

srg-initiative.ch

Darum braucht es die SRG-Initiative:

- Obwohl die Qualität bei der SRG oft zu wünschen übrig lässt, zahlt die Schweizer Bevölkerung weltweit (!) mit heute 335 Franken die höchsten gerätunabhängigen Zwangsgebühren. Mit der Initiative müssen wir nur noch 200 Franken zahlen. Immer noch genug!
- Arbeitgeber und Gewerblere werden doppelt zur Kasse gebeten: Die Betriebe zahlen eine umsatzabhängige SRG-Gebühr, schnell mehrere Tausend Franken. Dies, obwohl alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber schon als Privatpersonen die Abgabe von 335 Franken zahlen. Diese ungerechte Doppelbesteuerung muss abgeschafft werden!
- Junge verdienen wenig und schauen fast kein TV. Trotzdem müssen sie jährlich 335 Franken zahlen für ein Angebot, das sie nicht konsumieren. Das ist unfair und unsozial!

Jetzt Volksinitiative unterschreiben

- Keine überflüssigen Gebühren fürs Gewerbe!
- Junge entlasten, die sowieso kein TV schauen!
- Nur noch 200 Franken zahlen!

Telefon: 052 301 31 00 | www.srg-initiative.ch, info@srg-initiative.ch

MEDIENMITTEILUNG SVP KANTON ZÜRICH

Pistenverlängerungen: mehr Sicherheit, bessere Pünktlichkeit, weniger Lärmbetroffene

Zum Kommissionsentscheid betreffend die Pistenverlängerungen am Flughafen Zürich: Die SVP Kanton Zürich unterstützt die geplanten Pistenverlängerungen des Flughafens Zürich. Das heutige System ist störungsanfällig und genügt den Ansprüchen hinsichtlich Sicherheit, Lärm und Stabilität nicht mehr. Von den Pistenverlängerungen profitieren sowohl die Kunden, die Wirtschaft als auch die örtliche Bevölkerung. Die SVP erwartet eine intensive Debatte. Sie setzt dabei auf sachliche Argumente gegenüber unbegründeten Behauptungen.

Die vorberatende Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt Folgendes: Die vom Regierungsrat beschlossene Weisung an die Staatsvertretung im Verwaltungsrat der Flughafen Zürich AG (FZAG) für das Einreichen des Plangenehmigungsgesuchs betreffend Pistenverlängerungen ist zu genehmigen.

Die SVP Kanton Zürich begrüsst diesen Vorentscheid, da in der Summe die Vorteile der Pistenverlängerungen überwiegen. Das Pistensystem am Flughafen Zürich besteht in der heutigen Form seit 1976. Gestiegene Anforderungen mit grösseren Sicherheitsmargen, restriktivere Flugbetriebszeiten und die Siedlungsentwicklung haben sich in der Zwischenzeit stark verändert. Das heutige Pistenkonzept enthält zahlreiche Kreuzungspunkte und bedingt öfters die Umstellung des Betriebskonzepts. Daraus ergibt sich eine hohe Komplexität, womit die Kapazität in den wichtigen Spitzenstunden empfindlich redu-

ziert wird und dies wiederum zu Verspätungen führt. Die SVP anerkennt die herausragende Bedeutung des Flughafens für den Wirtschaftsstandort Zürich und als Landesflughafen für die ganze Schweiz. Als Standortkanton gilt es, die Voraussetzungen zu schaffen, dass der Flughafen diese Rolle weiterhin effizient und konkurrenzfähig wahrnehmen kann. Gleichzeitig sind die Auswirkungen auf Bevölkerung und Umwelt in Grenzen zu halten.

Die Pistenverlängerungen erlauben einen wesentlich stabileren Betrieb mit Hauptanflugskonzepten ohne Kreuzungspunkte und kürzeren Rollstrecken am Boden. Sie führen nicht zu einer Erhöhung der Kapazität, sondern zu deren Erhalt auch bei anspruchsvollen Wetersituationen. Dadurch wird der Betrieb stabilisiert, die Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit erhöht sowie der Verspätungsabbau nach 23.00 Uhr reduziert. Dies liegt auch im Interesse der vom Fluglärm betroffenen Bevölkerung.

Kritisch steht die SVP der im Zuge der Pistenverlängerungen vorgesehenen Renaturierung der Glatt gegenüber, welche nicht direkt im Zusammenhang mit der Pistenverlängerung steht. Das Projekt der Baudirektion muss im Rahmen des Plangenehmigungsverfahrens dahingehend korrigiert werden, dass der Verlust von Fruchtfolgeflecken möglichst vermieden wird.

Die SVP Kanton Zürich erwartet eine äusserst intensive – mit sachlich nicht begründeten Behauptungen durchsetzte – Debatte um die Pistenverlängerungen und wird mit Argumenten dagegenhalten. Die SVP vertritt dabei die Interessen des Wirtschaftsstandortes, des Flughafens und der umliegenden Bevölkerung.

Durch die Möglichkeit des negativen Referendums in dieser Frage gilt es als so gut wie sicher, dass unabhängig vom Kantonsratsentscheid schliesslich das Volk das letzte Wort haben wird.

Gesucht: ZKB-Bankrat



Infolge Erreichung der Altersgrenze des SVP-Mitglieds im ZKB-Bankrat per 31.12.2023 sucht die SVP-Fraktion des Kantonsrats Zürich eine Nachfolge. Eine Findungskommission der SVP prüft und beurteilt die Bewerbungen, um der Kantonsratsfraktion einen Nominationsvorschlag zu unterbreiten. Die Erneuerungswahl findet durch den Zürcher Kantonsrat statt.

Wir suchen eine starke Persönlichkeit als

Mitglied des Bankrats der Zürcher Kantonalbank

In dieser anspruchsvollen strategischen Führungsfunktion bilden Sie zusammen mit drei Mitgliedern des Bankpräsidiums und neun weiteren Bankräten das oberste Organ der Zürcher Kantonalbank.

Der Bankrat in Kürze

Der Bankrat wird vom Kantonsrat für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt. Die Amtszeit der Bankräte ist auf zwölf Jahre beschränkt und endet in jedem Fall mit der Vollendung des 70. Lebensjahrs. Die wichtigsten Kompetenzen umfassen die Festlegung der Grundsätze von Unternehmenspolitik, Leitbild, Strategie und Organisation, die Genehmigung von Jahresbericht und Jahresrechnung, die Festlegung der Höhe der Gewinnausschüttung an Kanton und Gemeinden, die Kenntnisnahme von grossen Risikopositionen und die Anstellung und Entlassung von Mitgliedern der Generaldirektion.

Der Bankrat bildet zur Vorbereitung und Ausführung seiner Beschlussfassung verschiedene Ausschüsse. Es sind dies der Prüf-, der Risiko-, der Entschädigungs- und Personalausschuss sowie der IT-Ausschuss.

Anforderungsprofil

Je nach Ausschuss müssen folgende fachlichen Kriterien erfüllt werden:

- Erfahrungen im Bankenumfeld, idealerweise bei Universalbanken wie ZKB, aber auch breiteres Bankwesen wie Privatbanken, Investmentbanken, Asset Management, Regulatoren/Zentralbanken
- Verständnis einer Bankbilanz, von Asset Liability Management und Finanzfragestellungen insgesamt
- Erfahrungen mit Risiken, wie sie vor allem in Banken auftreten (Kredit-, Markt-, Zins-, Operationelle (inkl. Reputations-), Business Continuity-Risiken)
- Erfahrung mit Verantwortung für Verkaufs-, Vertriebs- und sonstigen Kunden-Organisationen (innerhalb und ausserhalb des Bankgeschäftes)
- Erfahrung mit Rechtssystemen/Normen und Compliance Fragestellungen
- Erfahrungen in den Bereichen IT/Digital (Digital z.B. nicht nur auf der Verkaufsseite, sondern über die gesamte Prozesskette)
- Beurteilungsfähigkeit Leistungsauftrag (Versorgungs-, Unterstützungs-, Nachhaltigkeitsauftrag)

Allgemeine Kriterien:

- Fähigkeit, relevante Beiträge für bereichsübergreifende Strategien oder zumindest für Bereichsstrategien zu leisten
- Fähigkeit, Zusammenarbeit über Departementsgrenzen und Hierarchiestufen hinweg zu initiieren und zu verbessern
- Erfahrung in Führungsverantwortung
- Fähigkeit, Veränderungen zu initiieren, voranzutreiben und zum Durchbruch zu verhelfen
- Ein Mitglied des Bankrats muss der Generaldirektion fachlich und persönlich auf Augenhöhe begegnen können, weshalb Erfahrungen auf Stufe Verwaltungsrat oder Geschäftsleitung zweckmässig sind.

Persönlichkeitsbezogene Anforderungen:

- Integrität, Unabhängigkeit und Eigenständigkeit, Professionelle Identifikation, Belastbarkeit, Leistungs- und Verantwortungskultur, zeitliche Verfügbarkeit
- Sie sind Mitglied der SVP.

Dem Bankrat nicht angehören dürfen: Mitglieder des Kantonsrates, des Regierungsrates, der Gerichtsbarkeit des Kantons Zürich, Mitglieder von Steuerbehörden und Steuerbeamte und für andere Banken tätige Personen.

Das Arbeitspensum eines Bankrates beträgt ca. 30%.

Wir freuen uns auf Ihre persönlichen Unterlagen und Ihr Bewerbungsschreiben.

Einsendeschluss ist der 16. April 2023.

Ihre Bewerbung senden Sie bitte an die Fraktionssekretärin, Marlies Pfister, Sekretariat SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, marlies.pfister@svp-zuerich.ch.

Bei Fragen wenden Sie sich an den Präsidenten der Findungskommission, Kantonsrat André Bender, Tel. 079 403 68 49 oder gp.oberengstringen@bluewin.ch.

EINE TIERISCHE LEKTION FÜR DIE SCHWEIZ

Vor dem Fenster



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Während ich mir am Schreibtisch den Kopf zerbreche, wie wir verhindern können, dass künftig eine Grossbank das ganze Land in den Abgrund zieht, bemerke ich vor dem Fenster zwei höchst interessante Gäste.

Ein braun-weisses Eichhörnchen klettert mühelos senkrecht die Hausmauer empor und trägt ein Ästchen im Maul. Es streckt den Kopf in eine Öffnung und baut so sein Nestchen auf einem Fenstersims. Dort liegen neben vielen andern Ästchen auch Gras, Moos, Wolle und Baumnadeln. Das Eichhörnchen baut sich ein Nest für seinen Winterschlaf.

Neugierig geworden, konsultiere ich die nächstliegende zoologische Literatur und lerne, dass Eichhörnchen im Winter nicht durchschlafen, sondern pro Tag eine oder zwei Stunden wach sind. Ausserdem bauen sie sich

nicht nur ein Nest, sondern mehrere. Ich lerne daraus: Für Eichhörnchen gilt offenbar noch kein Zweitwohnungsverbot!

Früher besuchten uns oft auch Krähen, die aber nicht wohlgekommen waren. Denn sie pickten regelmässig den Kitt heraus, der die Fenster abdichtet. Neuerdings weilt über unserem Garten aber ein Rabenpaar, das das grosse Territorium tapfer und unermüdlich verteidigt. Manchmal sitzen Herr und Frau Rabe auf einem der hohen Bäume, lieber allerdings auf einem benachbarten Baukran, der eine noch bessere Übersicht bietet.

Sobald sich andere Vögel – Krähen und Raubvögel – dem Grundstück nähern, werden sie von den Raben unverzüglich und energisch vertrieben. Bis heute stets erfolgreich.

Wie viel könnte die Schweiz von den Tieren lernen, denke ich mir. Sei es vom Eichhörnchen, das sich ohne fremde Hilfe, in voller Selbstverantwortung und Souveränität sein Nest baut und sich darin zurückzieht. Oder sei es von den Raben, die nichts Fremdes erstreben, aber ihr Territorium zäh verteidigen.



Vom flinken, selbstverantwortlichen Eichhörnchen kann die Schweiz noch einiges lernen.

Bild: Pixabay

Allerlei



GEWALTAUFBRUF LINKER GEGEN ANDERSDENKENDE

Schneiderleins Messerchen

Eine grüne Nationalrätin namens Schneider, die die Tiere so liebt und gegen Gewalt gegen Tiere vorgeht, weiss nichts Gescheiteres, als gewaltverherrlichende Witzeleien mit einem Messer an einem ihr nicht genehmen Politiker zu twittern.

rw. Die Zürcher Nationalrätin Meret Schneider schrieb auf Twitter wörtlich: «Ah was, in Notwehr erstech ich den Rimoldi auch mit dem Sackmesser.»

Dieser gewaltverherrlichende Ausspruch Schneiders dokumentiert einmal mehr das gespaltene Verhältnis der Linken zur Gewalt. Gewalt scheint für Linke und Grüne etwas zu sein, wo es auf den Absender ankommt. Kommt die Gewalt von links, dann wird sie gesellschaftlich begründet. Dann werden kommunistische und klassenkämpferische Töne angestimmt. Das regierende System müsse radikal zerstört werden. Es sind die Verhältnisse, die Gewalt rechtfertigen. Kommt die Gewalt scheinbar von rechts, dann wird schnell sogenannt antifaschistisches Gedankengut aufgeföhren. «Kein Fussbreit den Faschisten!», ist dann das Credo der Linken.

Antitotalitärer Konsens

Nein, die grüne Nationalrätin ist damit nicht aus dem Schneider! Ihr Tweet wurde ganz bewusst abgesetzt. Da wurde über Gewalt an einem Andersdenkenden gewitzelt. Prompt gab es Medien, die darauf von einem «unglücklichen Tweet» sprachen- und damit wohl ungewollt Gewalt verniedlicht und weiter harmlos haben. Wir brauchen wieder einen antitotalitären Konsens, in dem kleine Schneiderleins nicht mit einem Messerchen auf Andersdenkende losgelassen werden. Das zeigen auch die wiederholten gewaltsamen linksextremen Demonstrationen in Zürich. Links-Grün muss sein Verhältnis zur Gewalt grundsätzlich klären. Der schwarze Block ist ebenso zu ächten wie als auch die ständige strukturell auftretende Gewalt gewisser Linken.



Das linke Verhältnis zur Gewalt ist ungeklärt. Auf dem Bild: In sowjetischen Gulags starben Millionen Menschen.

Bild: Wikipedia

Fadegrad



von
Stefan Urech

Die M***makis

Vergangene Woche erlebten die Bürgerlichen in Zürich, die sich gegen die vom Stadtrat geplante Abdeckung zweier historischer Mohren-Inschriften in der Zürcher Altstadt gewehrt hatten, einen seltenen Moment der Genugtuung. Das Baurekursgericht gab nämlich einer entsprechenden Einsprache des Zürcher Heimatschutzes gegen das Vorhaben recht. In der Begründung betonte das Gericht, dass «eine vertiefte Auseinandersetzung mit den denkmalpflegerischen Interessen fehlt» und wies auf das geringe öffentliche Verständnis für die vorgesehene Massnahme hin. Diese Einschätzung deckt sich mit der Stossrichtung von überdurchschnittlich vielen Online-Kommentaren auf Zeitungsartikel zu dieser Thematik.

Doch bereits am Tag nach dem Gerichtsentscheid liess der Stadtrat in einer Medienmitteilung verlauten, dass er ihn an die nächsthöhere Instanz weiterziehen werde. Gleichzeitig veröffentlichte er eine von der ETH begleitete Studie, in der auf 124 Seiten erklärt wird, warum das Wort «Mohr», entgegen dem öffentlichen Empfinden, eben doch einen historisch belegten rassistischen Hintergrund haben soll. Ein bemerkenswerter Aspekt im Bericht der ETH besteht darin, dass der Begriff Mohr nicht ausgeschrieben, sondern – ausser auf der Titelseite – konsequent durch Sternchen ersetzt wird («M*****»). Dass man sich nicht getraut, den eigenen Forschungsgegenstand auszuschreiben, hat etwas Lächerliches, ist aber vor allem unwissenschaftlich und arrogant.

In ihrer «Studie» bündeln die Autoren ausschliesslich Beispiele quer durch die Geschichte, die ihre (linke) Einstellung bestätigen. Was dem vorgefassten Standpunkt widerspricht, wird entweder weggelassen oder uminterpretiert, sodass am Schluss der «Forschung» das gewünschte Resultat herauskommt, nämlich, dass der Name Mohr schon immer rassistisch gemeint gewesen sei. Dass der Stadtrat eine so unseriöse und einseitig ausgerichtete Studie mit teilweise ungenügenden Quellenangaben veröffentlicht, stimmt nachdenklich.

Severin Dressen, der Direktor des Zürcher Zoos, kennt aber offensichtlich den neuesten Stand der stadträtlich abgesegneten «Wissenschaftsresultate» und deren Folgen noch nicht. Am Tag nach der Veröffentlichung der Studie präsentierte er stolz zwei «Neuzuzüger im Masoala Regenwald». Es handelt sich dabei um eine Primatenart der Familie der Lemuren. Die «schwarz gefärbten» Neuankömmlinge seien im Masoalagehege anfänglich von den grösseren und stärkeren «Roten Varis» häufig angegriffen worden. Nach nur wenigen Wochen sei der Friede aber wieder so weit eingekehrt, «dass die beiden Arten trotz natürlicher Machtkämpfe und Ranggeleien gut miteinander auskommen». Die Neuzuzüger heissen «Mohrenmakis». Ihr Name erschien im Tagblatt und auf der Titelseite des News-Magazins des Zoos, ohne Sternchen...

SVP STADT ZÜRICH: FRAKTIONSERKLÄRUNG ZUM VERLÄNGERTEN ARM DER MILITANTEN

Linkes Stadtparlament handelt im Sinne der Linksextremen

Seit Jahren wiederholt sich das gleiche Schreckensszenario: Linksextreme nehmen sich mit äusserster Gewalt die Strasse. Sie verwüsten ganze Strassenzüge und nehmen dabei auch Schwerverletzte in Kauf.

So geschehen am 18. Februar 2023 nach der Räumung des Koch-Areals. 1000 Linksextreme marschierten durch die Strassen. Sie warfen Scheiben ein, beschmierten Fassaden mit Farbe, schlugen ÖV-Haltestellen kaputt und beschädigten Fahrzeuge. Der Schaden beläuft sich auf über 500 000 Franken. Auch vor Personen machten die Linksextremen nicht halt: Ein Vermummter griff mit einer Eisenstange einen Polizisten auf dem Motorrad an und warf einen Stein nach ihm.

Sie wusste es

Der sogenannte Demonstrationsumzug war unbewilligt und frühzeitig angekündigt. Da sich bei der Räumung des Binz-Areals vor rund zehn Jahren das gleiche Chaos abspielte, war das links-extreme Gewaltpotenzial bekannt.

Doch die Reaktion des Sicherheitsdepartementes unter der Führung von Stadträtin Karin Rykart lautet: «Wir sind vom Gewaltpotenzial der Demonstranten überrascht worden.» Auch nach dieser Gewaltorgie hielten der Stadtrat und die Mehrheit im Gemeinderat eine Strategie gegen den Linksextremismus nicht für notwendig.

Demokratie ist beschädigt

SP, Grüne und AL lehnten mehrere Vorstösse der SVP für mehr Sicherheit fadenscheinig ab. Der AL-Sprecher setzte die Gewaltorgie sogar mit «sozialem Fortschritt» gleich. Die Botschaft aus dem Stadtparlament an die militanten Linksextremen war eindeutig: Wir Linken schützen und unterstützen euch! Die Linksextremen haben die Botschaft gehört. Nur wenige



Der Stadtrat buhlt um linke Wählerschichten: Die militante Besetzerszene kann sich auch Molotowcocktails erlauben.

Bild: iStock

Wochen später erfolgte eine «neue Dimension linksextremer Gewalt» (Zitat Stadträtin Karin Rykart).

Linksradikaler Terrorismus

Am 3. April 2023 wüteten die militanten Linksextremen wieder in der Innenstadt. Der linksextreme Mob ging unter anderem mit Eisenstangen, Steinen und Molotowcocktails (!) auf Menschen los. Dies rechtfertigt es, von linksextremem Terrorismus zu sprechen.

Ein Polizist wurde von rund sechs Linksextremen in eine Hausecke ge-

drängt und von der Gruppe brutal zusammengeschlagen. Sie schlugen und traten auf den Mann ein. Gemäss der Polizeisprecherin Judith Hödl haben die linksextremen Täter schwerste Verletzungen beim Opfer in Kauf genommen. Gesamthaft haben die Linksextremen sieben Polizisten verletzt.

Schmerzgrenze ist erreicht

Stadträtin Karin Rykart sagte anschliessend, sie sei erneut «erschrocken über die Gewaltbereitschaft und die Gewalt» der Linksextremen. Innert weniger Wochen wiederholt sich die links-

extreme Gewalt und Karin Rykart ist immer noch «überrascht». Diese Reaktion zeigt, dass der Stadtrat keine Strategie hat. Schlimmer noch: Jahrelang ist der Stadtrat der militanten Besetzerszene entgegengekommen.

Braucht es Schwerverletzte oder gar Tote, dass der Stadtrat und die linken Parteien ihre Unterstützung für die militanten Linksextremen endlich aufgeben? Entweder handelt Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart nun endlich entschlossen gegen die linksextreme Gewalt – oder sie soll das Departement abgeben.

AUS DEM DÜBENDORFER GEMEINDERAT

Spannungsfeld neue Bau- und Zonenordnung in Dübendorf



Das Dübendorfer Quartier Hochbord ist einer der Schwerpunkte der Verdichtung.

Bild: Wikipedia



Orlando Wyss
Fraktionspräsident
SVP Dübendorf
Dübendorf

In Dübendorf wird die Bau- und Zonenordnung demnächst revidiert. Die Zielsetzungen des Dübendorfer Stadtrates sind klar. Es muss «auf Teufel kommaraus» verdichtet werden. Der Druck auf Dübendorf und andere Städte und Agglomerationsgemeinden ist riesig. Über 200 000 Menschen sind im Jahr 2022 netto unter verschiedenen Titeln, wie Personenfreizügigkeit, Wirtschaftsmigration, Asyl, Familiennachzug usw. in unser Land geströmt. Alle diese Menschen müssen ein Dach über dem Kopf haben.

Das Errichten von neuem Wohnraum vermag hier nicht mehr Schritt

zu halten. Das neue Zauberwort und Allheilmittel heisst nun Verdichtung. Doch was bedeutet das für Dübendorf konkret?

Was bedeutet Verdichtung?

Wir sehen das am Beispiel des Quartiers Birchlen. Dort soll die Zone W3 auf W5 aufgestockt werden. Alle, die in diesem Quartier in einer älteren Liegenschaft wohnen, müssen damit rechnen, dass sie nächstens die Kündigung erhalten. Das, weil die Liegenschaften abgerissen und durch Neubauten ersetzt werden. Kein normal denkender privater und noch weniger ein institutioneller Liegenschaftsbesitzer wird unter solchen Voraussetzungen eine alte Liegenschaft renovieren und erhalten.

Denn er bekommt von der Stadt Dübendorf quasi den Auftrag; abreisen und neu und grösser bauen. Dass es hier zu Härtefällen kommt, ist ab-

sehbar. Eine Grossmutter, die seit Jahrzehnten in ihrer Wohnung mit tragbarem Mietzins in trauter Umgebung wohnt, wird rausgeschmissen und muss schauen, wie sie zurande kommt.

Und wieso findet diese nicht gerade von sozialer Feinfühligkeit geprägte Wohnbaupolitik in Dübendorf und auch anderswo statt? Wegen der masslosen Zuwanderung. Dabei sollten wir diese eigentlich durch die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative der SVP im Griff haben. Doch der vom Stimmvolk gewollte Verfassungsartikel ist vom eidgenössischen Parlament in der Gesetzgebung nicht umgesetzt und mit demokratieverachtender Nonchalance ins Gegenteil verkehrt worden.

Unkontrollierte Zuwanderung ist schuld an unseren Problemen

Fast alle Probleme, die wir heute in unserem Land haben – Wohnungsnot,

Strommangellage, überforderter öffentlicher Verkehr, Verkehrskollaps, Dichtestress, Kriminalität, Gewalt gegen Frauen, Jugendgewalt, Schulen am Anschlag, Gesundheitswesen mit Personalmangel, überbordender Sozialhilfekosten, abnehmender sozialer Frieden, Fachkräftemangel, immer weniger Selbstversorgung, Heimatmüdigkeit – sind durch die unkontrollierte, masslose Zuwanderung verursacht worden.

Nun müssen wir diese von der «Classe politique» verursachte Fehlentwicklung durch das Zusammenperchen der Menschen – verdichteter Wohnungsbau genannt – korrigieren. Die Scheinlösungen der Linken, die mit staatlichen Massnahmen in die Eigentumsgarantie planwirtschaftlich eingreifen wollen, sind aber das falsche Mittel, um die Wohnungsmisere zu beheben. Die gleichen Linken- und Mittepolitiker, die den Rauswurf der armen Grossmutter aus ihrer Wohnung trauern, sind mit ihrer Befeurung der masslosen Zuwanderung die eigentlichen Treiber dieser verfehlten Politik.

Wenn wir nicht in eine eigentümergefeindliche, sozialistische und planwirtschaftliche Wohnbaupolitik abdriften wollen, müssen wir diese Verdichtung des Wohnens wohl oder übel in Kauf nehmen. Damit dies in Zukunft nicht immer schlimmere Formen annimmt, müssen wir die Zuwanderung in unser Land schleunigst in den Griff bekommen.

Deshalb wird die SVP Kanton Zürich, in Absprache mit der SVP Schweiz, eine neue Volksinitiative lancieren, welche dieses Problem lösen wird. Diese soll so ausgestaltet sein, dass sie bei Annahme in der Gesetzgebung ohne Wenn und Aber umgesetzt werden muss.

CREDIT SUISSE

Übersehene Aspekte des CS-Kollapses

Der Bundesrat hat die CS-Aktionäre teilweise enteignet. Etwas untergegangen ist die Tatsache, dass er den Aktionären auch das Stimmrecht entzogen hat. Auch andere Bestimmungen wurden verletzt.



Martin Bürlimann
Alt Gemeinderat SVP
Wettingen

An jenem Sonntagnachmittag hat der Bundesrat nicht nur die Aktionäre teilweise und die Obligationäre komplett enteignet. Er hat zudem das Stimmrecht der Eigentümer ausser Kraft gesetzt. Die Verfassung garantiert das Privateigentum. Dazu gehört die Stimmabgabe der Aktionäre. Eine Fusion braucht die Zustimmung der Eigentümer. An der Generalversammlung wird dies traktandiert und bei Annahme des Traktandums entsprechend umgesetzt. Zeitlich wäre dies möglich gewesen. Die Generalversammlung der CS fand am 4. April statt.

Fehlendes öffentliches Übernahmeangebot

Bei der nun vorgesehenen Übernahme der CS durch die UBS hätte im Normalfall ein öffentliches Übernahmeange-

bot ausgeschrieben werden müssen. Dann hätten die Aktionäre dieses Angebot annehmen oder ablehnen können. Sie hätten mit ihrem Stimmrecht ihre Eigentumsrechte ausüben können. Es ist keineswegs klar, ob das Notrecht auch die Generalversammlung aushebeln kann. Der Stimmrechts-Entzug der CS-Aktionäre wird Folgen haben. Medienberichten zufolge werden bereits Klagen vorbereitet, die eine Staatshaftung nach sich ziehen können.

Genauso wurde dem Stimmvolk das Stimmrecht entzogen. Über jeden Voleweg wird abgestimmt, aber bei 250 Milliarden der Notenbank gibt es keine Volksabstimmung? Die Stimmberechtigten werden dies nicht ohne Weiteres hinnehmen.

Verletzung der Ad-hoc-Publikationspflicht

Ein anderer nennenswerter Verstoß war die Verletzung der Ad-hoc-Publikationspflicht. Börsennotierte Unternehmen sind nämlich publikationspflichtig. Das heisst, Firmen, deren Aktien an der Börse gehandelt werden, müssen bei «kursrelevanten Tatbe-

ständen» von sich aus eine Meldung erstatten und dies offiziell bekannt geben. Die Medien verbreiten diese Nachrichten. Die Börsenbetreiberin SIX ahndet Verstöße gegen die Publikationspflicht mit Bussen und Auflagen. Bei Verschweigen von Tatsachen, bei Fehlern im Geschäftsbericht oder ähnlichen Verstößen schreitet die SIX ein und verhängt Auflagen oder Bussen.

Wenige Tage vor dem Bundesratsentscheid sagten die CS-Verantwortlichen, der Abfluss von Kundengeldern sei im Wesentlichen gestoppt. Das war offenbar nicht der Fall. Gemäss Einschätzung von Juristen war das Interview ein Verstoß gegen die Ad-hoc-Publikationspflicht. Die Fakten hätten öffentlich gemacht werden müssen. In solchen Fällen werden die Aktien vom Handel ausgesetzt. Die am folgenden Sonntag enteigneten Aktionäre und Obligationäre können nun Klagen einreichen und Schadenersatz fordern. Wenn eine solche Klage vor Gericht besteht, werden Schadenersatz und astronomische Bussen fällig. Die UBS als Rechtsnachfolgerin müsste wohl dafür geradestehen.

WARUM WIRD KARL MARX NICHT GECANCELT?

Karl Marx: Antisemit, Rassist und Terrorismus-Hetzer

Karl Marx war ein Rassist, Antisemit und rief zum Terrorismus auf. Dies ist jedoch kaum bekannt. Warum eigentlich?



York-Peter Meyer
Finanzexperte
SVP Küssnacht

Warnung: Dieser Artikel enthält hochpeinliche Marx-Zitate zum Fremdschämen

Marx war Antisemit

Furchtbares schrieb Karl Marx über Ferdinand Lassalle, einen zeitgenössischen deutschen Arbeiterführer: «Der jüdische Nigger Lassalle, der glücklicherweise Ende dieser Woche abreist, hat glücklich wieder 5000 Taler in einer fal-

schon Spekulation verloren... Es ist mir jetzt völlig klar, dass er, wie auch seine Kopfbildung und sein Haarwuchs beweist, von den Negern abstammt, die sich dem Zug des Moses aus Ägypten anschlossen (wenn nicht seine Mutter oder Grossmutter von väterlicher Seite sich mit einem Nigger kreuzten). Nun, diese Verbindung von Judentum und Germanentum mit der negerhaften Grundsubstanz müssen ein sonderbares Produkt hervorbringen. Die Zudringlichkeit des Burschen ist auch negerhaft» (Nachzulesen in Marx an Engels, 1862, Marx Engels Werke 30, Seite 257 ff.).

Wann haben Sie, verehrter Leser, das letzte Mal ein derart widerliches und rassistisches Zitat gelesen?

Und was meinen Sie: Wie würden die Medien wohl mit einem rechten Politiker umgehen, der so etwas sagen würde?

Marx: Rassistischer Aufruf zum Völkermord

«Man sollte damit in einer sozialistischen Revolution beginnen, die primitiven Völkerabfälle wie etwa Basken, Bretonen, schottische Highlander, zu liquidieren» (Karl Marx 1848 in der Rheinischen Zeitung). Wer kann da behaupten, die Genozide der Kommunisten hätten nichts mit der Lehre von Marx zu tun?

Marx: Aufrufe zum Terrorismus

Die Werke von Karl Marx enthalten zahlreiche Aufrufe zu Gewalt und Ter-

rorismus, wie beispielsweise: «Wir sind rücksichtslos, wir verlangen keine Rücksicht von Euch. Wenn die Reihe an uns kommt, wir werden den Terrorismus nicht beschönigen» (Karl Marx, 1849 (Marx Engels Werke 6, Seite 505). «Es gibt nur ein Mittel, die mörderischen Todeswehen der alten Gesellschaft ... abzukürzen ... den revolutionären Terrorismus» (Karl Marx, 1848, Marx Engels Werke 5, Seite 457).

Linke Verehrung für Marx

Karl Marx ist nach wie vor der ideologische Übervater der Linken, in der Schweiz wie im Ausland. Cédric Wermuth, Co-Präsident der SP, hat 2018 ein Buch über Karl Marx herausgegeben, das folgenden Fragen nachgeht: «Warum ist das Werk von Karl Marx auch 200 Jahre nach seiner Geburt nicht totzukriegen? Warum ist das gut so?» In Berlin gibt es eine Karl-Marx-Allee, eine Karl-Marx-Strasse, einen Karl-Marx-Platz und natürlich ein Karl-Marx-Denkmal.

So viel Ehre bekommt weder der Gründervater, der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, noch ein Widerstandskämpfer gegen die Nazis. Für den deutschen Wirtschaftsminister Robert Habeck sind seine Thesen «erstaunlich zeitgemäss.» Für den ehemaligen Präsidenten der Europäischen Linken, Gregor Gysi, ist Marx «eine der grössten Persönlichkeiten der deutschen Geschichte».

Sogar einige Bürgerliche haben Sympathien für Marx. Für Gerhard Pfister,

GENDER-SPRACHE

Die landwirtschaftlich beschäftigte Person (veraltet: Bauer)

Als ob die Stadt Zürich ahnen würde, dass die Initiative «Tschüss Genderstern» einen Abstimmungserfolg erzielen wird, verweisen offizielle Stellen der städtischen Verwaltung bereits auf den im Duden-Verlag erschienenen Ratgeber «Geschickt gendern». Dieses Nachschlagewerk kommt nämlich ohne Gendersterne aus, berücksichtigt aber dennoch immer beide Geschlechter, Verzeihung, alle Geschlechter. Man könnte über die dort erwähnten Wortkreationen lachen – wenn sie einem nicht die Zunge verdrehen würden.



Tobias Infortuna
Kantonsrat SVP
Egg b. Zürich

Haben Sie sich auch schon einmal gefragt, wie man immer beide biologischen und alle neu erfundenen Geschlechter berücksichtigen kann, ohne Gendersterne zu verwenden? Nicht? Dann gehören Sie zu den vermutlich 99 Prozent der Menschen, die andere Sorgen haben. In den Amtsstuben der Stadt Zürich sieht es jedoch ganz anders aus. Dort beschäftigen sich viele kluge Köpfe mit solchen und ähnlichen Fragen. Kaum war die Lösung mit den Gendersternen gefunden, kam auch schon die böse SVP mit einer Initiative gegen diese Schreibweise. Also müssen sicherheitshalber jetzt schon andere Formulierungen her. Zum Glück gibt es den altherwürdigen Duden-Verlag. Das Nachschlagewerk «Geschickt gendern» bietet Hilfe für den genderverwirrten Menschen in allen Lebenslagen. Nie wieder ein Geschlecht diskriminieren, der Duden macht es möglich.

in dieser Gendersprache verfasst ist. Aus dem Satz «Die Architektin fuhr auf dem Damenfahrrad zum Bäcker und traf dort ihre Mutter an» würde zum Beispiel «Die Architektur schaffende Person fuhr auf dem Fahrrad mit tiefem Einstieg zu der Backwaren produzierenden Person und traf dort ihr Elternteil an.»

Um Mithilfe wird gebeten

Bei solchen Sätzen hüpfert das Herz aller Freunde der gehobenen Sprache. Also enge Bezugspersonen der gehobenen Sprache, denn das Wort Freund ist ebenfalls verboten. Diese neuen Wortkreationen lassen Goethe und Schiller wie Anfänger erscheinen, also wie Personen ohne Vorerfahrung. Ganz fertig ist der neue Duden-Ratgeber allerdings noch nicht. Noch immer werden gendergerechte Alternativen für zahlreiche Wörter gesucht. Zum Beispiel für Bibliothekar oder für Sheriff. Der Duden-Verlag bittet seine Leser, also seine lesenden Personen, sich bei einer treffenden Idee zu melden. Auch für den Clown wird noch eine neue Bezeichnung gesucht. Wie wäre es mit Fachperson für Gender?

Vom Denker zum Henker

Der Angler ist im neuen Duden nun eine Fisch fangende Person, der Fahrgast eine gegen Entgelt transportierte Person und der Dieb eine Eigentum entwendende Person. Fast jeder geschickt genderte Begriff enthält das Wort Person. Geschickt wäre anders. Aus einem leicht verständlichen Satz wie «Mein Nachbar ist ein Einzelgänger und arbeitet als Koch» wird nun «Meine nebenan wohnende Person ist eine alleinliebende Person und arbeitet als lebensmittelverarbeitende Person.» Elegant klingt das nicht gerade, aber Hauptsache, alle Geschlechter sind mitgemeint. Dann darf der ideologische Wahn auch die deutsche Sprache zerstören. Das Land der Dichter und Denker wird zum Richter und Henker der eigenen Kultur. Man stelle sich vor, man müsste einen ganzen Roman lesen, der



«Pride»-Parade mit Transgender-Flaggen in den USA im Jahr 2017. Inzwischen dürften einige neue dazugekommen sein.

Bild: Ted Eytan (Flickr.com)

Präsident der Mitte, gilt: «Die Analysen von Marx haben etwas Richtiges.»

Positiv wird Karl Marx natürlich auch an Schulen gelehrt. Beispielsweise führt die Lehrerfortbildung in Baden-Württemberg sein Werk in der Rubrik «Modernisierungstheorien».

Und Wikipedia beginnt den deutschsprachigen Artikel über ihn mit den Worten, er sei ein «deutscher Philosoph».

Zensur von Marx?

Wenn die sozialen Medien Leute wegen unliebsamer Äusserungen canceln möch-

ten, dann sollen sie bitte mit Karl Marx anfangen. Welche Person, die in den letzten Jahren von den sozialen Medien verbannt wurde, hat so ungeheuerliche Dinge wie Marx geschrieben?

Tatsache ist jedoch, dass seine Werke im Internet wie auch im Buchhandel uneingeschränkt erhältlich sind. Offensichtlich gelten für radikale Linke andere Massstäbe.

Hinweis: Die Werke von Karl Marx sind auf dem Internet frei verfügbar (<https://marx-wirklich-studieren.net>). Die Zitate sind von dort entnommen.

Sichere Zukunft in Freiheit

Jetzt wählen!

SCHWEIZER QUALITÄT

SVP Die Partei des Mittelstandes

JA ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT

DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE

- Freiheit und Selbstbestimmung sichern
- Sicherheit, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute bilaterale Beziehungen zu allen Staaten pflegen

neutralitaet-ja.ch

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

strasse 47, Zürich-Affoltern, mit Nationalrat Alfred Heer.

Freitag, 26. Mai 2023, 18.00 bis 20.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich-Seebach, mit Kantonsrätin Nina Fehr Düsel. Thema: Krisenzeit – wie weiter?

Junge SVP Kanton Zürich

Freitag, 14. April 2023, 19.30 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Kaserne, Kaserenstrasse 129, Bülach.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer

ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480

Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Mattia Mettler, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Insertionenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Mattia Mettler, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertionschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.



Die Schweizerische Volkspartei SVP des Kantons Zürich sucht per sofort oder nach Vereinbarung eine/n

Sekretariatsmitarbeiter/in Empfang (40-100%)

Sie suchen eine vielseitige und spannende Arbeit? Sie lieben den Umgang mit Menschen? Sie nehmen motiviert am direktdemokratischen Leben der Schweiz teil? Sie teilen die bürgerlichen und freiheitlichen Werte der SVP? Sie denken konstruktiv und sind mehr an Lösungen als an Problemen interessiert?

Wenn sie alle Fragen mit Ja beantworten, bewerben Sie sich für diese spannende Aufgabe auf dem Parteisekretariat (Arbeitsort Dübendorf) der grössten Partei des Kantons Zürich!

Diese abwechslungsreichen Aufgaben warten auf Sie:

- Erledigung von allgemeinen administrativen und organisatorischen Sekretariatsaufgaben
- Proaktive Unterstützung und Zusammenarbeit mit einem weiteren Sekretariatsmitarbeiter
- Planung und Durchführung von Veranstaltungen und Schulungen
- Erste Anlaufstelle für einfache Anliegen unserer Parteimitglieder und Mandatsträger
- Mitarbeit bei unserer wöchentlichen Mitgliederzeitung, v.a. im Inserate-Bereich
- Mitarbeit und Unterstützung bei Wahlkämpfen und Abstimmungskampagnen
- Selbständige Verwaltung einer Datenbank

Folgende Erwartungen haben wir an Sie:

- Kaufmännische Grundausbildung, ein stilsicheres Deutsch sowie gute Kenntnisse der MS-Office-Anwendungen
- Bereitschaft gemeinsam mit einem Team Aufträge termingerecht zu erfüllen
- Selbständige, effiziente und genaue Erledigung der anfallenden Arbeiten, auch in hektischen Zeiten
- Aktive Teilnahme an der Planung, Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen, Abstimmungskampagnen und Wahlen
- Flexibilität und Bereitschaft auch an einigen Abenden und Wochenenden zeitweise zu arbeiten
- Begeisterung für Politik und die Werte der SVP
- Offene und kommunikative Persönlichkeit mit hoher Sozialkompetenz im Umgang mit Menschen
- Bereitschaft für 5 Wochen Ferienvertretung pro Jahr mit zeitweise höheren Arbeitspensum bei Teilzeitbeschäftigung

Wir bieten zeitgemässe und attraktive Anstellungsbedingungen. Ihre Bewerbung mit Motivations schreiben, Lebenslauf und aktuellen Zeugnissen senden Sie im PDF-Format an marco.calzimidiglia@svp-zuerich.ch.

Für Auskünfte steht Ihnen der Parteisekretär Marco Calzimidiglia zu Bürozeiten unter Telefonnummer 079 353 43 19 gerne zur Verfügung.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach

Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, im UG Restaurant «Vis-à-Vis», Zürichstrasse 47, Bachenbülach.

Bezirk Bülach/Embrach

Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant «La Torre», Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf

Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Thalwil

Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa

Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 bis 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon

Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur

Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen

Jeden Samstag, 11.00 bis 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6

Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich

Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Stadt Zürich/Kreis 11

Freitag, 12. Mai 2023, 19.00 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Büsi, Bärenbohl-

Erfolgreich werben
im «Zürcher Boten»
und «Zürcher Bauern»

Regeln Sie Ihren Nachlass rechtzeitig:

Bleiben Sie in guter Erinnerung!

Die SVP des Kantons Zürich setzt sich für Freiheit, Demokratie und die Unabhängigkeit unserer Schweiz ein. Damit wir dies auch in Zukunft bei Wahlen, Abstimmungen oder mit anderen politischen Aktivitäten machen können, sind wir auf finanzielle Unterstützung angewiesen.

Helfen Sie uns dabei. Berücksichtigen Sie uns in Ihrem Nachlass, damit unser Land und Ihre Nachfahren auch in Zukunft in Freiheit und Unabhängigkeit leben können. Wirken Sie so über Ihr Leben hinaus.

Wir beraten Sie gerne bei der Planung eines Engagements für die SVP und danken Ihnen für Ihre Unterstützung.

Geschäftsstelle | Lagerstrasse 14 | 8600 Dübendorf | Tel. 044 217 77 66

